

Axel Kuhn

Leonberg und Eltingen

Geschichte ihres Zusammenschlusses

Gefttrand

Ort - Gemeinde Leonberg

Kreis Leonberg

Stückzahl aus der
Mietverpflichtung über den wesentlichen Inhalt der Beratung mit den Gemeinberathen

Beratung am 22. Februar 1938

Mietverpflichtungsbuch S. 365

Spalte der Tagesordnung:

Das kleine Wäldchen in Leonberg

§ 262.

Besuch des Landesplaners in Leonberg.

Am Donnerstag, den 17. Februar 1938
erschien auf dem Rathaus hier der Württ.
Landesplaner mit noch einer grösseren An-
zahl Herren und teilte mit, dass in Leon-
berg eine Kaserne errichtet werden soll.
Sie fragten, wie sich die Gemeinde dazu
stelle. Der Bürgermeister gab die Er-
klärung ab, dass die Gemeinde sich darüber
nur freuen könne. Es würde sich um eine
Flakabteilung handeln und es müsste mit
einer Stärke von etwa 1000 Mann gerechnet
werden. In Frage käme das Gelände im Ge-
wand "Hasensaul", es würden etwa 50-60 ha,
allerdings nicht an einem Stück benötigt.

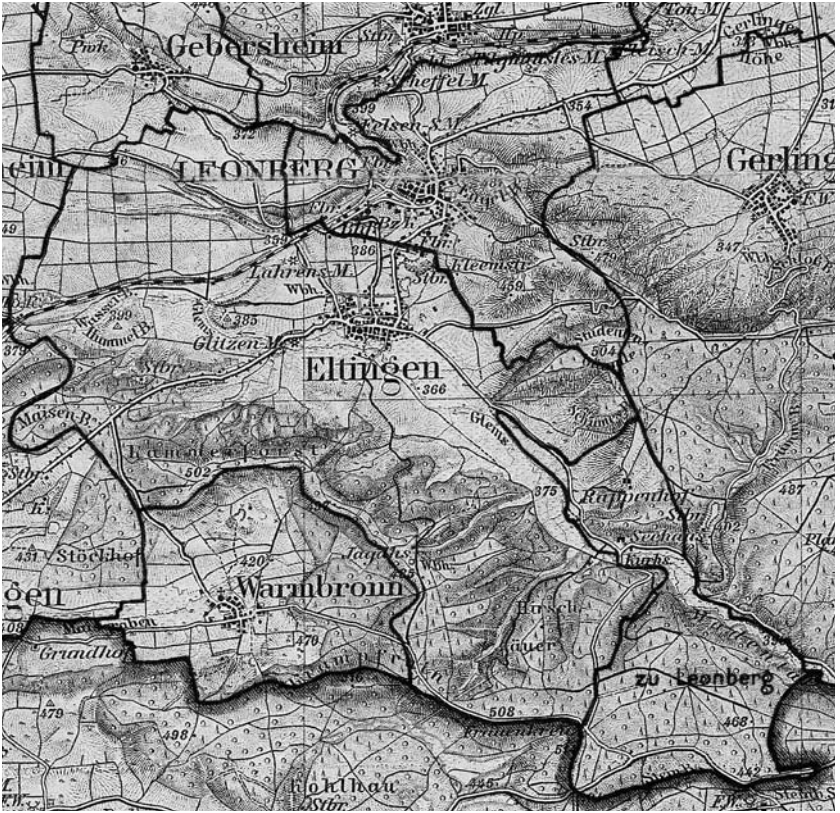
Die Beigeordneten und Ratsherren neh-
men diese Mitteilung mit Befriedigung ent-
gegen, versprechen sie sich doch durch eine

LEONBERG

Beiträge zur Stadtgeschichte

INHALT

- 5 Vorwort
- 7 Einleitung
- 9 Vorspiel
- 12 Die erste demokratische Phase
 - 12 *Die Debatte von 1924*
 - 18 *Die unverbindliche Aussprache von 1928*
- 20 Die zweite diktatorische Phase
 - 20 *System- und Perspektivenwechsel*
 - 23 *Die gescheiterte Zwangs-Eingemeindung von 1933*
 - 31 *1936/37: Initiativen und Verzögerungen*
 - 37 *Neue Gründe für die »Eingliederung« Eltingsens*
- 47 Nachspiel
- 49 Anmerkungen
- 54 Abbildungsnachweis
- 55 Der Autor



[1] Die Markungen von Leonberg und Eltingen. Ausschnitt aus der Karte des Oberamts Leonberg, 1930

DIE ERSTE DEMOKRATISCHE PHASE

Immer wenn in Eltingen die Stelle des Ortsvorstehers frei wurde, stellte sich automatisch die Frage, ob sie überhaupt wieder neu ausgeschrieben oder ob Eltingen nicht besser nach Leonberg eingemeindet werden sollte. Das war in den zwanziger Jahren auffällig häufig der Fall, nämlich 1921, 1924 und 1928.

Im Jahre 1921 wird der Eltinger Bürgermeister Class zum Buchhalter bei der Sparkasse Leonberg gewählt und zum 20. April als Ortsvorsteher entlassen. Der Gemeinderat setzt wie selbstverständlich eine Neuwahl des Ortsvorstehers auf den 24. April 1921 fest¹⁰, ohne dass in diesem Gremium oder im Leonberger Gemeinderat die Frage der Eingemeindung angesprochen worden wäre.

Die Debatte von 1924

Ganz anders jedoch im Jahre 1924. Der Eltinger Schultheiß Beeg wechselt auf dasselbe Amt in Sulz am Neckar. Jetzt wird die Eingemeindungsfrage zwei Monate lang zum Thema Nummer eins in den beiden Gemeinden. Es kommt zu stundenlangen Debatten in den Gemeinderäten, zu einer Bürgerversammlung und einer Volksabstimmung in Eltingen, und in der Leonberger Zeitung häufen sich die Leserbriefe – ohne dass man den Eindruck erhält, das Thema sei höheren Ortes ins Spiel gebracht worden.

Dabei verlaufen die Fronten nicht so klar, wie man nach der langen Vorgeschichte hätte annehmen können. In beiden Gemeinden gibt es Befürworter und Gegner einer Zusammenlegung, und beide Gemeinderäte drücken sich um eine klare inhaltliche Entscheidung herum. Außerdem scheint es, dass politische Überzeugungen bei der Urteilsbildung den Ausschlag geben. In beiden Gremien plädieren nämlich die Sozialdemokraten für eine zeitnahe Eingemeindung Eltingens, wäh-

rend die »bürgerlichen« Vertreter eher zögerlich an das Thema herangehen. Zum zentralen Argument für und wider Eingemeindung wird eine mögliche Erschließung des zwischen Leonberg und Eltingen gelegenen, aber teilweise zu Eltingen gehörenden Distelfeldgeländes als Industriegebiet – dies vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik.

Das Distelfeld genannte Gebiet schloss sich an die 1919 schon genannten hinter der Bahnhofstraße gelegenen Descheläcker in Richtung Eltingen an, wobei nicht ganz klar ist, wie weit es sich, vor allem in Richtung Süden ausdehnte.

Diese Debatte von 1924 soll im folgenden aus zwei Gründen ausführlich dargestellt werden. Zunächst, weil in Leonberg und Eltingen damals erstmals intensive Auseinandersetzungen und Gespräche über eine Eingemeindung Eltingens geführt wurden. Es fielen dabei Argumente für und gegen die Eingemeindung, die in späteren Jahren nur wieder aufgegriffen wurden. Zweitens ergibt eine erneute Durchsicht der Quellen, dass einiges differenzierter als in der bisher veröffentlichten Literatur dargestellt werden muss. Das ist aber nur möglich, indem man wichtige Zitate und Beschlüsse aus den Gemeinderatssitzungen ausführlich zitiert.

In Leonberg beschäftigte sich der Gemeinderat schon am 29. Januar 1924 mit dem Thema, in einer »geheimen Sitzung«, wie es hieß, und zu einem Zeitpunkt, als von einem Wechsel Beegs nach Sulz wohl noch nichts bekannt war. Offenbar aufgeschreckt durch »die von der Regierung geplante Zusammenlegung verschiedener Oberämter« hatte der Leonberger Stadtschultheiß und Gemeinderatsvorsitzende Gotthilf Funck »vertraulich« Erhebungen angestellt. Er konnte nun den Gemeinderäten mitteilen, dass »an eine Auflösung des Oberamtsbezirks Leonberg von der Regierung nicht gedacht werde«. Im Protokoll heißt es dann weiter (und man könnte vermuten, dass die Angst vor einer Herabstufung Leonbergs unausgesprochen weiter im Raum stand):

»Hieran schließt sich eine vom Vorsitzenden über die Frage der späteren eventuellen Zusammenlegung der Gemeinden Eltingen und Leonberg heraufgeführte längere Debatte, in welcher für und wider diesen Punkt unverbindlich gesprochen wurde. Allgemein herrscht im Gemeinderat die Stimmung, dass diese Frage im Auge behalten werden muss und wird der Vorsitzende heute schon beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, welche notwendig sind, um das zwischen der Nachbargemeinde Eltingen und Leonberg liegende sogenannte Distelfeldgelände als Industriegebiet erschließen zu können. Hierbei ist hauptsächlich das Augenmerk auf den von Eltingen geplanten Straßenbau über dieses Gelände nach dem hiesigen Bahnhof zu richten.«¹¹

Damit war eine Verlängerung der heutigen Hindenburgstraße, also die heutige Stohrerstraße gemeint.

Schneller als erwartet, trat die Eingemeindungsfrage durch den Weggang Beegs in ein neues Stadium. Am 7. April 1924 erschien in der Leonberger Zeitung ein Artikel, in dem der Verfasser zu dem Ergebnis kam, dass die Eingemeindung für Eltingen in vielen Beziehungen »das einzig Richtige« sei.¹² Einen Tag später befasste sich der Leonberger Gemeinderat wieder »in geschlossener Sitzung« mit der Frage und »einigte sich dahin, dass die durch das Freiwerden der Eltinger Ortsvorsteherstelle geschaffene Lage wohl Anlass zu Verhandlungen wegen der Eingemeindung zwischen Eltingen und Leonberg gegeben sei, möchte aber von sich aus die Stellungnahme von Eltingen abwarten.«¹³

Der Eltinger Gemeinderat behandelte das Thema erstmals am 14. April, und zwar gleich in öffentlicher Sitzung. Im Protokoll wird nach »längeren Ausführungen« des Noch-Vorsitzenden Beeg vermerkt:

»Bezüglich der Frage der Vereinigung beider Gemeinden sind die Ansichten geteilt, doch besteht bei der Mehrzahl der Mitglieder wenig Neigung zu einem Zusammenschluss der beiden Gemeinden. Als Ergebnis der in die Länge sich hinziehenden Aussprache wird einmütig beschlossen, zunächst die Vertretung der Stadtgemeinde Leonberg zu veranlassen, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. [...] Zutreffendenfalls soll durch eine allgemeine Einwohnerabstimmung der Wille der hiesigen Einwohnerschaft erforscht werden.«¹⁴

Man kann eigentlich nicht sagen, dass sich beide Gremien den Schwarzen Peter hin und her schoben.¹⁵ Denn wenn die zu strengster Verschwiegenheit verpflichteten Leonberger Gemeinderäte dichtgehalten haben, dann konnten ihre Eltinger Kollegen nicht wissen, dass Leonberg eine Woche zuvor denselben Beschluss gefasst hatte. Deutlich wird nur, dass sich beide Gremien vor einer Positionierung scheuten, und das wohl, weil die Frage hoch brisant und in beiden Gemeinden umstritten war.

In Leonberg wurde das Thema daraufhin am 30. April 1924 erstmals in öffentlicher Sitzung behandelt. Morgens konnte man in der Leonberger Zeitung einen Leserbrief aus Eltingen studieren, in dem sich der anonym bleibende Verfasser gegen eine Eingemeindung aussprach: »Früher wollte Leonberg uns nicht, heute glaube ich, dass in Eltingen eine Mehrheit vorhanden ist, die der Eingemeindung ablehnend gegenübersteht.«¹⁶

Leonbergs Stadtschultheiß Funck hatte sich auf die Sitzung gut vorbereitet. Nach langen Ausführungen, in denen es um die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse beider Gemeinden (mit Zahlen über

Schulden von 1914, laufende Schulden, Steueraufkommen und Grundeigentum) ging und in denen Funck auch nicht die unterschiedliche politische Zusammensetzung beider Gremien vergaß, kam er zu folgendem Ergebnis:

»Aus dieser Übersicht geht hervor, dass Leonberg sowohl in steuerlicher wie in vermögensrechtlicher Beziehung bedeutend besser steht als Eltingen.« Und konkreter werdend, fuhr er fort, »dass wohl von einer Eingemeindung zur Zeit Eltingen den größeren Nutzen haben dürfte, da mit diesem Schritt wohl in erster Linie Eltingen darauf drängen würde, dass auch dort die Ortskanalisation, die Gas- und Wasserversorgung in gleicher Weise wie in Leonberg durchgeführt werden müsste, auch käme die Frage des Ausbaus einer Straße nach dem Bahnhof wohl nicht mehr zur Ruhe. Leonberg selbst dürfte von der Eingemeindung nur dadurch einen Nutzen haben, wenn es gelingt, das gesamte zwischen hier und Eltingen liegende sogenannte Distelfeld als Industriegebiet zu erschließen. Hiefür ist aber Hauptbedingung, dass sich zuerst die wirtschaftliche Lage Deutschlands wieder bessert, und hier ist leider noch nicht abzusehen, wann eine solche Besserung zu erwarten ist, dass mit einer raschen Vergrößerung der zur Zeit auch schwer in Mitleidenschaft gezogenen deutschen Industrie gerechnet werden kann.«¹⁷

Das war nun alles andere als eine begeisterte Zustimmung zur Eingemeindung, und Funcks Stellungnahme wird vor dem Hintergrund der gerade erst überwundenen Inflation von 1923 verständlich.

In der sich anschließenden Aussprache unterstützten die Gemeinderäte Rudolf Schleicher (DDP), Robert Stohrer und Karl Wanner (beide von der Liste Bürgerpartei/Bauernbund) die Ausführungen des Vorsitzenden. Hingegen sprachen sich die Sozialdemokraten Rudolf Nast, Gotthold Ege und Reinhold Engel dafür aus, »dass die Industrialisierung des Distelfeldgebiets nur gut gelöst werden könne, wenn die beiden Gemeinden jetzt schon zusammengehen«.

Nach zweistündiger Beratung kam der Leonberger Gemeinderat mit 9 gegen 5 Stimmen (zwei »bürgerliche« Vertreter fehlten) zu dem Beschluss, »die Eingemeindungsfrage vorerst nicht ganz von der Hand zu weisen; ehe aber der hiesige Gemeinderat zu einem definitiven zustimmenden oder ablehnenden Bescheid komme, sollte der Gemeinderat von Eltingen wegen der Industrialisierung des Distelfelds der hiesigen Stadtgemeinde günstige Vorschläge und Angebote machen können.«

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass die fünf Gegenstimmen von den fünf anwesenden Sozialdemokraten stammten, die lieber einen zustimmenden Beschluss gefasst hätten. In der Tat lässt sich der Mehrheitsbeschluss als eine verklausulierte Absage an Eltingens Ein-

gemeindung lesen. Denn welche Angebote zur Industrialisierung des Distelfelds sollte Eltingen wohl machen? Es handelte sich zwar nicht um eine grundsätzliche Absage Leonbergs, aber doch um eine Ablehnung zum augenblicklichen Zeitpunkt. Begründet wurde sie mit der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Republik.

Die Ergebnisse dieser denkwürdigen Sitzung des Leonberger Gemeinderats vom 30. April interpretiere ich also anders als es in der bisherigen Literatur geschehen ist.

Über die Sitzung berichtete das Leonberger Tagblatt in seiner Ausgabe vom 2. Mai. Ausführlich ging es auf die Ausführungen Funcks ein.¹⁸ Es provozierte damit den Eltinger Gemeinderat Hermann Röckle zu einem Leserbrief, der am 6. Mai abgedruckt wurde. Röckle war 1919 als Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt worden und 1921 zur KPD übergetreten. In gemäßigten Formulierungen unterstützte er das Anliegen seiner Leonberger (früheren) Genossen:

»Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass beide Gemeinden Vorteile davon hätten und möchte deshalb die Zusammenlegung so rasch als möglich verwirklicht sehen.« Als Hauptargument führte er ebenfalls die Erschließung des Distelfelds zur Förderung der Industrialisierung an.¹⁹

Nunmehr war der Eltinger Gemeinderat am Zug. Am 8. Mai kamen die Räte wieder zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende erneuerte seinen früher eingenommenen Standpunkt, »wonach er den jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet hält, um diese Frage einer für beide Gemeinden günstigen Lösung entgegenzuführen. Zudem sei es bei der heutigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage völlig ausgeschlossen, dass die Gemeinde die von der Stadtgemeinde Leonberg für die Industrialisierung des Distelfelds verlangten Angebote machen könne. Aus diesem Grunde komme er zu der Überzeugung, dass die Frage der Eingemeindung noch einige Jahre zurückzustellen sei.«²⁰

Das war von Eltinger Seite auch nicht als eine grundsätzliche Ablehnung, sondern mit Blick auf die jetzige allgemeine wirtschaftliche Lage formuliert worden. In der Diskussion sprach sich der Eltinger Sozialdemokrat Jakob Dürr am deutlichsten für die Eingemeindung Eltingens, Immanuel Röckle aus dem »bürgerlichen« Lager am deutlichsten gegen sie aus. Gotthold Wankmüller (SPD) sagte, er sei kein Gegner der Eingemeindung, glaube aber, dass die Industrialisierung noch in zehn Jahren nicht gekommen sei. Wilhelm Hartmann (von dem nicht bekannt ist, welcher Liste er seine Wahl verdankte) bekannte sich nicht als ausgesprochener Gegner der Eingemeindung, war aber der Ansicht, dass Eltingen keine finanziellen Vorteile von ihr haben werde. Immanuel Schäfer von den »Bürgerlichen« stimmte Hartmann zu, Rudolf Scheck

wollte die Ansicht der Einwohnerschaft hören. Hermann Röckle, der Leserbriefschreiber, war ebenso abwesend wie Gotthilf Ziegler (SPD).

Schließlich einigte man sich darauf – sicher auch als Kompromiss aus der kontroversen Diskussion – eine Bürgerversammlung abzuhalten und danach eine Einwohnerabstimmung durchzuführen.

Am 10. Mai meldete sich noch der Eltinger Karl Hörnle mit einem Leserbrief in der Leonberger Zeitung zu Wort. Hörnle sollte 1925 von der KPD-Liste in den Gemeinderat gewählt werden. In doch sehr polemischen Formulierungen bekannte er sich als Gegner der Eingemeindung. »Aber wenn wir auch Eltinger sind, ist nicht gesagt, dass es lauter Esel sind.«²¹ Die Eltinger KPD vertrat also in der Eingemeindungsfrage keine einheitliche Meinung.

Der Leonberger Ortsvorsteher Funck sah sich bemüßigt, eine öffentliche Erwiderung gegen Hörnle zu schreiben. Sie erschien am 14. Mai in der Leonberger Zeitung. »Von Leonberg aus ist die Frage seither nur aus Gründen der wirtschaftlichen Weiterentwicklung beider Gemeinden ins Auge gefasst worden, während von Eltingen von privater Seite bereits zwei von Gehässigkeit und Unwahrheit strotzende Artikel in der Zeitung erschienen sind.«²²

Die Eltinger Bürgerversammlung, so erfahren wir aus dem Eltinger Gemeinderatsprotokoll vom 20. Mai, fand am 15. Mai im Kronensaal statt. Sie wurde von etwa 170 Personen besucht. In einer dreistündigen Aussprache meldeten sich 23 Redner zu Wort, die das Für und Wider einer Eingemeindung erörterten. Nur mit Stimmenmehrheit beschloss die Versammlung, eine Einwohnerabstimmung durchführen zu lassen.²³

Am 19. Mai meldete sich wieder ein Eltinger in der Leonberger Zeitung zu Wort. Er blieb anonym, scheint aber an der Bürgerversammlung teilgenommen zu haben und ein Befürworter der Eingemeindung gewesen zu sein. Denn er stellte fest, dass die Bürgerversammlung zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen sei und kritisierte auch deren Mehrheitsentscheidung für eine Einwohnerabstimmung: »Diese Abstimmung dürfte im letzten Stadium aber noch verfrüht sein, da eben zuerst die gesamte Einwohnerschaft über das Für und Wider der Eingemeindung aufgeklärt gehört.«²⁴

In der Eltinger Gemeinderatssitzung vom 20. Mai wurde nichtsdestoweniger die Einwohnerabstimmung auf Sonntag, den 25. Mai, von 14 bis 18 Uhr festgelegt. Fünf Tage blieben also Zeit für eine etwaige weitere Aufklärung der Bevölkerung. Der Beschluss enthält eine bemerkenswerte, wenn auch in verklausuliertes Deutsch gepackte Einschränkung: Das Ergebnis, so heißt es, solle davon abhängig gemacht werden, dass mindestens zwei Drittel der Wahlberechtigten abstimmen.²⁵

Das Ergebnis der Eltinger Eingemeindungsabstimmung vom 25. Mai 1924 wurde in der Gemeinderatssitzung vom 27. Mai diskutiert.²⁶ Von den 1540 Wahlberechtigten nahmen 383 an der Abstimmung teil, also 24,9 Prozent. 308 stimmten gegen, 74 für die Eingemeindung, eine Stimme war ungültig.

Wenn der Gemeinderat seinen Beschluss vom 20. Mai ernst genommen hätte (dass nämlich mindestens zwei Drittel der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnehmen müssen, damit ihr Ergebnis bindend ist), dann hätte er das Ergebnis der Abstimmung als irrelevant bezeichnen müssen. Das tat er aber nicht. Die Eltinger Gemeinderäte beschloßen vielmehr mit 13 gegen 2 Stimmen, die Angelegenheit vorerst zurückzustellen und sie bei gegebener Gelegenheit wieder in Behandlung zu nehmen. Die beiden Gegenstimmen kamen von dem Sozialdemokraten Jakob Trugenberger und von Rudolf Scheck (der zu dem Zeitpunkt entweder noch in der SPD oder schon in der KPD war). Der erklärte Eingemeindungsbefürworter Gemeinderat Hermann Röckle war nicht anwesend; er hätte wohl auch gegen den Beschluss gestimmt.

Auf die fehlende demokratische Legitimation der Einwohnerabstimmung ist in der Literatur bisher nie hingewiesen worden.

Schon einen Tag nach der Abstimmung hatte auch die Leonberger Zeitung das Ergebnis veröffentlicht. Ihr Kommentar lautete nicht zu Unrecht: »Bessere Aufklärung in dieser wichtigen Frage hätte unserer Ansicht nach unbedingt vor der Abstimmung stattfinden müssen.«²⁷

Das Schlusswort hatte der Leonberger Gemeinderat. Nachdem ihm der Beschluss der Eltinger Kollegen vom 27. Mai offiziell übersandt worden war, äußerte sich der Vorsitzende in der Sitzung vom 6. Juni 1924 dahin, »dass in Eltingen die ganze Eingemeindungsfrage insofern künstlich abgewürgt wurde, als der Einwohnerschaft vor der Abstimmung absolut keine Zeit zur Aufklärung über die hochwichtige Frage gelassen wurde.« Dem Leonberger Gremium blieb nichts anderes übrig, als nunmehr einstimmig zu beschließen, »auch von hier aus keine weiteren Schritte in der Eingemeindungsfrage mehr zu unternehmen.«²⁸